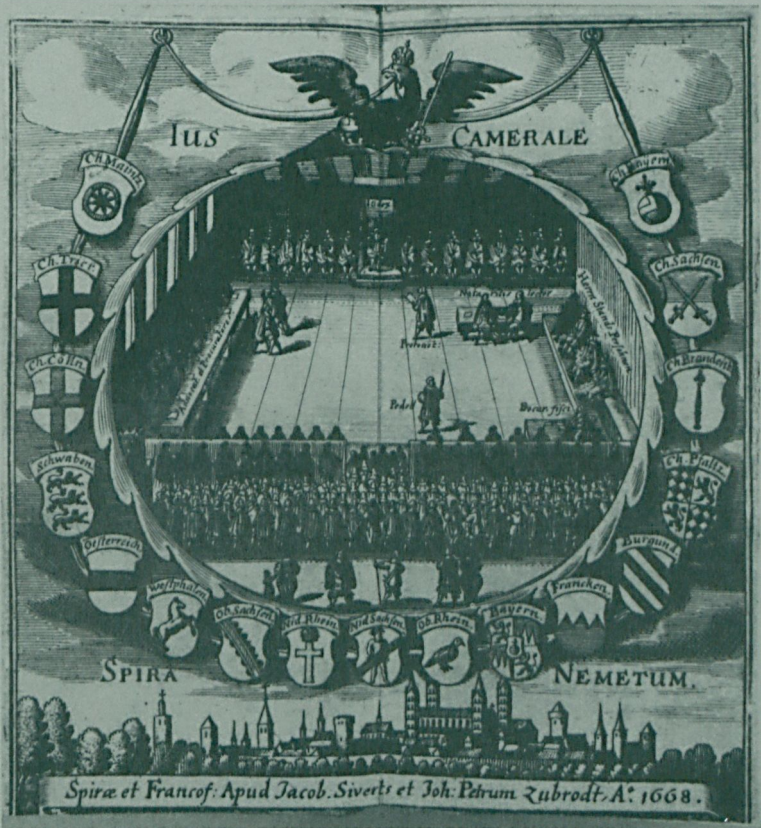


Winfried Hassemer

## Notizen über Gerichtsbarkeit



# GESELLSCHAFT FÜR

REICHSKAMMERGERICHTSFORSCHUNG

Hefst 33



*Schriftenreihe  
der Gesellschaft für  
Reichskammergerichtsforschung*

*Heft 33  
Wetzlar, 2007*

*Platonsprüche zur Eröffnung der Ausstellung  
„Das Reich und unser Recht“  
von den Anfängen der bürgerlichen Freiheit  
in der Musikschule Wetzlar am 12. September 2006*







Winfried Hassemer

## Notizen über Gerichtsbarkeit

*Festansprache zur Eröffnung der Ausstellung*

*„Altes Reich und neues Recht –*

*von den Anfängen der bürgerlichen Freiheit“*

*in der Musikschule Wetzlar am 15. September 2006*

I. Das Kreuz mit der Geschichtsschreibung

II. Der Mittelweg

III. Die Gerichtsbarkeit

1. Kriterien

a) Corpus

b) Logik

c) Beispiele

2. Einrichtungen

a) Einrichtungen einer Gerichtsbarkeit

b) Innere Organisation

c) Außenbeziehungen

3. Voraussetzungen

IV. Musik auf der Titanic



NA 673214

## I. Das Kreuz mit der Geschichtsschreibung

Vor ein paar Wochen hat das Magazin *Der Spiegel* auf die Ausstellung *Altes Reich und neues Recht* hingewiesen<sup>1</sup>, die wir heute hier eröffnen. Es hat dabei meinen Fakultätskollegen Bernhard Diestelkamp, den Nestor der Forschungen zum Reichskammergericht, mit der erfrischenden These zitiert<sup>2</sup>, daß 'das spezifisch deutsche Vertrauen auf die Reform von oben' eine Folge der Reichsjustiz sei – und nicht etwa in einem besonderen Untertanengeist der Deutschen wurzele.

Diese These macht neugierig. Sie ist nicht nur Balsam für die Wunden all derer, denen das geflügelte Wort vom *deutschen Sonderweg* immer wieder richtig Angst macht. Sie erklärt nämlich diesen Sonderweg mit einem durch und durch anständigen Argument: dem der besonderen, und in diesem Fall positiven, historischen Erfahrung. Sie taucht auch das Reichskammergericht in ein ganz neues Licht; sie reinigt es vom Schmuddel-Image eines feigen und faulen Haufens schlecht ausgebildeter Assessoren, die sich den jeweils herrschenden Verhältnissen geschmeidig anpaßten, die Rechtssuchenden bisweilen über Generationen hinweg auf ihren Spruch warten ließen und diesen Spruch dann auch noch schlecht begründeten<sup>3</sup>. Sie nimmt dieses Gericht nämlich als Quelle einer Entwicklung in Anspruch, die zu einem Fundament demokratischen Weltvertrauens in Deutschland beigetragen hat. Das ist viel.

Meine Zitate stammen aus einer Titelgeschichte *Der Deutschen Reich*<sup>4</sup>, die auf wenigen Seiten die knapp tausend Jahre des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation mit beherztem Zugriff und behender Meinungsfreude, wie wir sie beim *Spiegel* immer noch finden, vor dem Leser ausbreitet, bebildert, strukturiert und beleuchtet.

Mir wird bei dieser Art von Geschichtsschreibung regelmäßig schwindlig<sup>5</sup>, und ich frage mich bang, wie die Geschichtsschreiber mit der riesigen Deutungsmacht umgehen, die ihnen anläßlich ihrer Berichte über die Vergangenheiten zuwächst oder die sie sich einfach nehmen. Während der Physiker Tag für Tag in der Erwartung leben muß, ein kollegiales Experiment werde seine Behauptungen von gestern widerlegen, während der Philosoph nicht so tut, als hätte er etwas anderes zu verkünden als bloß das, was er sich ausgedacht hat, während der Jurist vorsichtigerweise schon gar keine Behauptungen über die wirkliche Welt aufstellt, sondern nur über die Meinungen anderer Juristen, wäh-



rend diese drei also streng bei ihren Leisten bleiben, ist der Geschichtsschreiber eine wahre Lichtgestalt – solange und soweit man ihm glaubt; und den allermeisten glaubt man ja.

Es gilt ja nicht nur für den Schreiber einer Titelgeschichte des *Spiegel*, der besonders viel Geschichte auf besonders wenige Seiten kondensieren muß<sup>6</sup>, es gilt doch für alle, die uns etwas über die Vergangenheiten erzählen mit dem Anspruch, so sei es gewesen: Natürlich<sup>7</sup> geht auch eine akribische und lupengenaue Geschichtsschreibung – und vielleicht gerade die in besonderem Maße – nicht vonstatten ohne subjektives Urteil über die Relevanz von Ereignissen, ohne individuelles Vorverständnis der richtigen Zusammenhänge, ohne personale Sinnerwartung im Wust der Geschehnisse. Natürlich ist Geschichtsschreibung ein Verstehensprozeß mit allen hermeneutischen Fallen, die jeglicher Verstehensprozeß bereithält. Und natürlich folgt daraus unausweichlich, daß eine Auswahl der berichtenswerten Ereignisse stattfindet, die auch anders hätte ausfallen können, und daß diese Auswahl nicht von einem Zufallsgenerator, sondern vom lebendigen und interessierten Historiker veranstaltet wird, der so die Bilder formt, die er uns dann zeigt, wenn wir wissen wollen, wie es denn wirklich gewesen ist. Wäre man böse (was ich nicht bin), so könnte man sagen, der Geschichtsschreiber konstituiere die Geschichte, oder gar: er schreibe im Wesentlichen seine eigenen Geschichten. Wie kann man unter diesen Voraussetzungen, so lautet meine bange Frage, dem Vergangenen gerecht werden?

Ja, ich weiß: Vorverständnisse sind keine Krankheiten, sondern der einzige Weg, die Welt zu verstehen. Und die Chance, mit den unvermeidlichen und produktiven Vorverständnissen zurechtzukommen, liegt nicht darin, sie zu umgehen oder gar zu leugnen, sondern richtig in sie hineinzugelangen, an ihnen zu lernen und mit ihnen klarsichtig zu leben. Und Sinnerwartungen sind keine spontanen Einfälle gestaltungsfreudiger Einzelgänger, sondern ein stabiler Teil unserer Lebenswelt. Und der umsichtige und erfahrene Historiker weiß das und kann damit auch umgehen. Und außerdem soll man, wenn man eine Festansprache vor einer geschichtsschreibenden Gesellschaft halten darf, seine Zeit nicht damit verplempern, die Geschichtsschreibung methodologisch in ein schlechtes Licht zu rücken oder sie gar hermeneutisch in den Dreck zu ziehen. Ja, ich weiß: Geschichtsschreibung ist gefahrengeneigte Arbeit, aber sie ist bei alledem doch auch anständige Arbeit, und wenn man

anständig aufpaßt, hilft sie uns weiter. Also nichts für ungut.

Ich für mein Teil aber – und deshalb erzähle ich Ihnen das alles – darf mich der geschichtsschreibenden Zunft nicht zurechnen. Was das Reichskammergericht zu welchen Zeiten *wirklich* war, weiß ich nicht – trotz aller Lektüre all dessen, was mir in den letzten Monaten vor Augen gekommen ist. Ich habe keinen Kompaß zur Hand, der mir verläßlich sagen könnte: Dorthin besser nicht. Ich habe bloß einige Eindrücke, die mir bestätigt vorkommen, und ein paar ergänzende Vermutungen. Das reicht bei weitem nicht hin, um Ihnen vortragen zu dürfen, wie es sich mit dem Reichskammergericht wirklich zugetragen hat. Über dieses Gericht werden Sie deshalb, so hoffe ich dringend, von mir heute nichts anderes erfahren als das, was Sie eh schon wissen.

## II. Der Mittelweg

Aber über was dann sonst soll die Rede gehen? Etwa über das Bundesverfassungsgericht? Darüber könnte ich zwar unterhaltsam sprechen und hätte auch das eine oder andere parat, wovon Sie vielleicht noch nichts wissen; und möglicherweise fiele vom Bundesverfassungsgericht, von seiner Theorie und vor allem von seiner Erfahrung, ein kleiner Lichtschein auf das Reichskammergericht, und so könnte ich mich wenigstens eine Zeitlang am Rande Ihrer Zunft aufhalten und Ihnen erzählen, wie nahe oder wie fern diese beiden Gerichte einander gewesen sind. Aber diesen Ausweg hat mir Roman Herzog verstellt, der vor knapp zwanzig Jahren den Festvortrag zur Eröffnung des Reichskammergerichtsmuseums gehalten hat<sup>8</sup> – und so viel Neues ist bei uns in der Zwischenzeit denn doch nicht passiert, als daß wir einen richtigen Festvortrag damit verbringen könnten.

Also bleibt mir nur der Mittelweg, der nach der Theorie von Philosophen und Filmemachern den Tod bringt – falls man nicht gewaltig aufpaßt. Dieser Weg führt zwischen den beiden Gerichten hindurch oder besser: in Sichtweite an ihnen vorbei. Er bietet dem Wanderer keine Gewißheiten, sondern Anregungen, er ist nicht fürs Photographieren angelegt, sondern fürs Nachdenken. Er hat sich mir bei der Lektüre über das Reichskammergericht aufgetan, als die vielen Einzelheiten aus den Fallkonstellationen, den Inhalten und den Formen der Rechtsprechung und



ihrer Organisation, den Entwicklungen im Laufe der Jahrhunderte, den äußeren und inneren Bedrohungen seiner Existenz – als all das sich zu Linien, Strukturen und Gestalten verbunden hat, die mir aus der Theorie und Praxis anderer Gerichte vertraut waren, vor allem natürlich vom Bundesverfassungsgericht. Geht man einen solchen Weg, so darf man eher keine Antworten erwarten, aber doch weiterführende Fragen.

Wer das methodologisch für ein windiges Unterfangen hält, könnte recht haben. Recht haben könnte aber auch, wer dem Mittelweg neugierig folgt in der Erwartung, er könnte danach klüger sein als zuvor. Ich folge der Hoffnung, daß die Ereignisse um das Reichskammergericht, die als Ergebnis der bisherigen historischen Forschungen gelten können, klarer und lauter zu uns sprechen, wenn man sie den Theorien und Erfahrungen gegenüberstellt, die sich für uns mit einer vergleichbaren Institution verbinden; es wird sich herausstellen, daß die Vergleichbarkeit beider Gerichte nicht so minimal ist wie ihre historische Ferne dies nahelegen könnte.

Die Blumen, die an unserem Mittelweg stehen, lassen sich zu drei Sträußen binden. Die drei Fragen, die sich stellen, liegen nahe und sind einfach. Sie wollen wissen,

- wann man von so etwas wie einer Gerichtsbarkeit sprechen kann<sup>9</sup>;
- welche internen Einrichtungen dem Überleben einer Gerichtsbarkeit eher günstig sind<sup>10</sup>;
- welches die äußeren Voraussetzungen sind, unter denen eine Gerichtsbarkeit entstehen und überleben kann<sup>11</sup>.

Es geht also um die Semantik von *Gerichtsbarkeit* und um die internen und die externen Bedingungen ihrer Entwicklung und ihres Überlebens. In allen drei Hinsichten kann ein Nach-Denken uns weiter bringen.

### III. Gerichtsbarkeit

#### 1. Kriterien

##### a. Corpus

Die erste Frage: wann man von so etwas wie einer Gerichtsbarkeit sprechen kann, richtet sich auf die Kriterien, die eine solche Institution



erfüllen muß, sie richtet sich auf die notwendigen Eigenschaften jeglicher Gerichtsbarkeit. Um diese Frage kreist ein bedeutender Streit über das Reichskammergericht – nicht nur auf der fundamentalen Ebene des Ob oder Ob nicht, sondern vielmehr auf den konkreten Ebenen, wie weit das Gericht zu welcher Zeit die Kriterien erfüllt habe, die man von einer Gerichtsbarkeit erwarten muß. Die Antworten entsprechen dem Bild jeglicher wissenschaftlichen Auseinandersetzung: Sie sind differenziert und umstritten. Dabei wird die Frage nach den Kriterien einer Gerichtsbarkeit, soweit ich sehen kann, nicht explizit diskutiert, sondern implizit mitgeführt und beantwortet innerhalb der Kontexte, die sich der Forschung über das Reichskammergericht konkret anbieten. Die Frage nach den Kriterien ist gewissermaßen der Subtext der Wanderungen in die Gefilde der Vergangenheit.

Vier Kriterien sind es, die sich mir aus diesen Diskussionen aufdrängen. Sie entstammen ganz unterschiedlichen Quellen und siedeln auf unterschiedlichen Ebenen, machen in ihrer Gesamtheit aber das Corpus einer Institution aus, die das Siegel *Gerichtsbarkeit* verdient:

- Die Unterscheidung und Trennung mehrerer Gewalten im Staat<sup>12</sup> (1)<sup>13</sup>;
- die Ausstattung der gerichtlichen Gewalt mit fundamentalen Garantien, vor allem für die Unabhängigkeit der Richter<sup>14</sup> (2);
- Mindeststandards für die Rolle der Rechtssuchenden im Verfahren, vor allem für rechtliches Gehör<sup>15</sup> (3);
- eingreifende Kompetenzen der gerichtlichen Gewalt in andere Gewalten, zumindest das Recht zur Willkürkontrolle<sup>16</sup> (4).

## b. Logik

Diese vier Kriterien sind, wie sich gleich zeigen wird<sup>17</sup>, untereinander abhängig, und sie greifen ineinander. Ihre jeweilige Logik ist durchsichtig:

Theorie und Praxis der Gewaltenteilung machen erst den Platz frei für eine Institution, die sich zu Exekutive und Legislative überhaupt in ein Verhältnis setzen kann (1). Die Unabhängigkeit der Richter ist, zusammen mit anderen Garantien der Gerichtsbarkeit, Voraussetzung dafür, daß dieses Verhältnis stabil bleibt, daß die Judikative ihre Handlungsfreiheit dauerhaft bewahren kann (2). Mindeststandards zugunsten der

Rechtssuchenden geben der Gerichtsbarkeit ihr Proprium, ihre Farbe, die sie von den anderen Gewalten im Staat dahin unterscheidet, daß sie schon in ihren Verfahren den Menschen gerecht zu werden hat (3). Die Bereitstellung eingreifender Kompetenzen ist Voraussetzung dafür, daß die Gerichtsbarkeit ihre Aufgabe der Friedenssicherung im Staat auch wirklich erfüllen kann, indem sie im Einzelfall gegenüber den anderen Gewalten oder sonst Mächtigen dem Recht Gehör verschafft und ihm praktisch zum Durchbruch verhilft (4).

Keines dieser Kriterien, so scheint mir, ist je verzichtbar, wenn eine Gerichtsbarkeit entworfen und eingerichtet wird.

Das ist für das erste und das vierte Kriterium, die Trennung der Gewalten (1) und die Kompetenzen der Gerichtsbarkeit (4), vermutlich leicht einzusehen, weil ohne diese Kriterien für die Gerichtsbarkeit entweder kein Raum wäre oder dieser Raum alsbald von fremder Macht ausgefüllt und damit entfremdet würde.

Daß mehrere Gewalten im Staat unterschieden und getrennt werden (1), ist für eine gerichtliche Gewalt nicht weniger als die zwingende Voraussetzung ihrer Entstehung. Die Gewaltenteilung nämlich begrenzt und relativiert die souveräne Herrschaft; sie setzt sie zu einer anderen Gewalt in ein Verhältnis und stellt ihr diese auf Augenhöhe gegenüber. Damit ist die souveräne Herrschaft nicht mehr das, was sie war. Sie trifft auf Konkurrenz und stößt an Grenzen. Es wird möglich, daß sie fremder Souveränität weichen muß. Daß das Reichskammergericht diese Entwicklung eher klandestin vollzieht, daß sich keine Hinweise auf Montesquieu finden oder auf die allgemeinen zeitgenössischen Diskussionen über die Teilung der Gewalten<sup>18</sup>, verschlägt nichts; solche Hinweise gehören, bis heute, nicht zu den Obliegenheiten der Gerichtsbarkeit. Entscheidend ist vielmehr, daß der Raum, den die Trennung der Gewalten der Gerichtsbarkeit freigemacht hat, dadurch gesichert wird, daß die dritte Gewalt Kompetenzen erhält (4), die sie für den Konfliktfall gegenüber konkurrierenden Gewalten wehrhaft ausstatten und ihr die Chance einräumen, sich dauerhaft zu behaupten und ihr Proprium durchzusetzen. Erst mit diesen Kompetenzen kann sie sich in der Konkurrenz der Gewalten stabil positionieren.

Das Signum der Unverzichtbarkeit als Kriterium von Gerichtsbarkeit gilt aber auch für die Unabhängigkeit der Richter (2). Ohne diese Garantie stünden Freiheit und Selbständigkeit der Justiz nur auf dem Papier



und würden den morgigen Tag nicht erleben. Abhängige Richter sichern nicht den Raum des Rechts, sondern den Raum derer, von denen sie abhängen. Abhängige Richter sind keine Richter; sie sind Beamte, Soldaten oder Knechte. Sie haben nicht nach den Befehlen des Gesetzes oder ihrer sonstigen normativen Tradition zu fragen, sondern nach den Befehlen ihres Herrn; sie vollstrecken dessen Gewalt. Richterliche Unabhängigkeit ist, so gesehen, ein unverzichtbares Kriterium von Gerichtsbarkeit deshalb, weil in dieser Unabhängigkeit die einzige Garantie dafür liegt, daß die Justiz ein Feld besetzt, das nicht zugleich das Feld der anderen Gewalten ist, ein Feld, von dem aus sie im Streitfall ihre eigene Botschaft aussenden kann, eine Botschaft, die mit den Botschaften anderer Gewalten in Widerspruch stehen kann.

■ Und endlich ist auch die Rücksicht auf die Rechtssuchenden (3) ein immer und überall geltendes Kriterium für Gerichtsbarkeit: Das Recht auf das rechtliche Gehör ist nicht erst die Erfindung einer späten menschenfreundlichen Gesetzgebung oder eines aufklärerisch-freiheitlichen Impulses; es stammt aus viel tieferen Schichten. Ohne dieses Recht wäre jegliche Gerichtsbarkeit blind und taub, wäre sie schon nicht imstande, die Interessen der Beteiligten auch nur aufzunehmen, zu verstehen und damit den ersten Schritt zu ihrem vornehmsten Ziel zu gehen: ihnen gerecht zu werden. Das Recht der Betroffenen, nicht bloß Objekt des Verfahrens zu sein, sondern sich in ihm zur Geltung zu bringen und Einfluß zu nehmen<sup>19</sup>, ist nicht nur ein Verfahrensgrundrecht der betroffenen Personen, sondern eine Funktionsbedingung von Gerichtsbarkeit. Denn Gerichtsbarkeit ist eine kommunikative, eine hörende und sprechende Institution; die bloß physische Gewalt reicht ihr nicht hin.

■ Auch wenn alle vier Kriterien gleichermaßen unverzichtbar sind, so ist doch klar, daß die Art und Weise, in der sie sich verwirklichen, ebenso historisch wandelbar ist wie der Grad ihrer jeweiligen Präsenz in einer bestimmten Situation. Niemals sind alle Kriterien zu allen Zeiten in gleicher Weise erfüllt, ohne daß man daraus den formalen Schluß ziehen dürfte, ab einem bestimmten Zahlenwert sei das Siegel der Gerichtsbarkeit verloren. Das wäre Mathematik, nicht empirische Wissenschaft von der Welt, wie sie die Historiker betreiben. Es ist gerade diese Eigenschaft der Kontingenz, welche die Vielfalt, die Fruchtbarkeit und die Maßstäblichkeit der Kriterien begründet: Erst die jeweilige Intensität und die jeweilige Mischung der Kriterien von Gerichtsbarkeit erlaubt analytische



Argumente und bewertende Urteile über den jeweiligen Stand der Entwicklung von Recht und Gerichten in einer konkreten Phase. Das zu beurteilen, ist die Sache der Historiker, und die vier Kriterien von Gerichtsbarkeit können sie dabei unterstützen.

### c. Beispiele

Beispiele, an denen die Kriterien von Gerichtsbarkeit Aussagekraft und Farbe gewinnen, hat die bisherige Forschung zum Reichskammergericht in Fülle zu Tage gefördert, und Sie kennen diese Beispiele vermutlich besser als ich. Auch setzt die Zuordnung der Beispiele zu den Gegenständen, die sie illustrieren sollen, keinen neuen theoretischen Rahmen voraus; die Beispiele sprechen für sich, sobald man den Corpus der Kriterien<sup>20</sup>, die für Gerichtsbarkeit gelten, und ihre Logik<sup>21</sup> vor Augen hat. Deshalb kann ich mich auf Stichwörter und Andeutungen beschränken.

Auf einer ersten und zugleich fundamentalen Ebene lehrreich ist der Komplex der so genannten Landfriedensbruchklagen<sup>22</sup>. Er zeigt die Etablierung einer neuen Gewalt in statu nascendi und in mehreren Stufen der Entwicklung. Es geht dort nicht – erst – um die Begrenzung einer souveränen Herrschaft durch die Einführung der Gerichtsbarkeit auf Augenhöhe<sup>23</sup>, sondern – schon – um die Einrichtung souveräner Herrschaft gegenüber anderen wechselnden und konfligierenden Herrschaften. Die Beherrschung des Landfriedensbruchs und die Sicherung des Friedens sind schon Voraussetzungen jeglicher zentraler Gewalt, und daran kann man verstehen, daß die Gerichtsbarkeit, wie es eine verkürzte oder verspätete Lehre der Gewaltenteilung nahelegen könnte, ursprünglich nicht in einem begrenzenden und relativierenden Gegensatz zur Exekutive steht, sondern daß sie zu ihrer eigenen Entstehung einer funktionierenden Exekutive zuerst einmal durchaus bedarf.

Bis heute<sup>24</sup> kann man studieren, daß einer Trennung der Gewalten und einer Einrichtung von Gerichtsbarkeit die Etablierung einer zentralen Gewalt historisch vorangehen muß, einer zentralen Gewalt, innerhalb deren sich eine Gerichtsbarkeit erst entwickeln kann und auf deren Schutz sie auch fürderhin angewiesen ist. Das lehren die wechselnden Erfolge in der Beherrschung des Landfriedensbruchs zu Zeiten des Reichskammergerichts, und das lehren zu unseren Zeiten die friedlosen

Staaten, denen die zentrale Macht in die Hände von Warlords und Regionalfürsten entgleitet: Mit der zentralen Macht, ja noch vor ihr, bricht auch die Gerichtsbarkeit zusammen, und mit ihr erst konnte sie entstehen.

Schlagende Beispiele sowohl für die Entstehung einer Gewaltentrennung als auch für die Verletzlichkeit der unabhängigen Stellung der Richter (nicht nur) des Reichskammergerichts sind natürlich die von der Geschichtsschreibung ausführlich vorgetragenen und analysierten Fälle von Kabinettsjustiz. Diese Art Justiz ist gleichsam die Ikone einer Gerichtsbarkeit, die mit dem Fortschreiten rechtsstaatlicher Errungenschaften auf ihre Erlösung und Verrechtlichung durch eine unabhängige und starke dritte Gewalt wartet. Kabinettsjustiz ist Exekutive im Schafspelz. Das sieht man an den Phasen der Entwicklung, in denen sich eine neue und unabhängige justizielle Gewalt mit Schmerzen und Verwerfungen durchzusetzen beginnt.

Die historische Rolle Friedrichs des Großen im Müller Arnold-Prozeß, das Vorgehen des Fürsten Karl von Wied-Runkel gegen den Stadtschultheißen Abel zu Dierdorf<sup>25</sup>, der Konflikt des Fürsten zu Leiningen-Hardenberg mit dem Kanzleidirektor Rotberg<sup>26</sup> oder das wechselhafte Schicksal und späte Glück des armen Stadtadvokaten Franz Wilhelm Crone in Rheine<sup>27</sup> noch ein Jahr vor dem Ende des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation – sie alle atmen denselben Geist und lassen erkennen, wie tief die Verständnislosigkeit bei allen Beteiligten und wie hoch die Hürden einer Zustimmung gewesen sein müssen, als die dritte Gewalt in den Raum drängte, der bislang der souveränen Herrschaft selbstverständlich zugestanden hatte und nur ihr zugänglich gewesen war.

Man spürt förmlich, etwa bei Friedrich dem Großen, aber auch bei Fürst Karl von Wied-Runkel, die Verwunderung über das plötzliche Auftreten unqualifizierter und frecher Mitspieler auf der politischen Bühne, die – jedenfalls in der Sicht der Landesherren – noch nicht einmal die Vernunft oder das Recht auf ihrer Seite hatten, die auf unsinnigen Förmlichkeiten bestanden und so selbst der landesherrlichen Fürsorge in den Arm fielen und die prompte Verwirklichung des Rechts hinauszögerten. Beide Landesherren haben sich in diesen Konflikten nicht als Unterdrücker der aufscheinenden Freiheit verstanden, sondern sahen die schlichte Vernunft und die pure Menschenfreundlichkeit auf ihrer Seite.

Die Einsetzung unabhängiger Mitsprecher und Entscheider muß in



den Augen des bisherigen Souveräns ein politisches Wagnis und eine schwere Last gewesen sein. Sie hat das überkommene Gleichgewicht für lange Zeit durcheinander gebracht. Und vor allem im Fall Crone kann man nachfühlen, wie tief es ins landesherrliche Fleisch geschnitten haben muß, daß die neue Gewalt über eingreifende Kompetenzen verfügt hat, deren sich der Herzog nur durch eine Reihe unwürdiger Finten und hinhaltender Manöver erwehren konnte – das aber nur zeitweise und ohne den mittlerweile erstarkten Arm der Gerichtsbarkeit am Ende aufhalten zu können.

Um anschaulich zu machen, wie das Reichskammergericht das dritte Kriterium einer Gerichtsbarkeit, nämlich die Rechtsstellung der betroffenen Personen, erfüllt hat, stehen vor allem die Untertanenprozesse<sup>28</sup> bereit. Diese Verfahren hatten die Chance, den Menschen im Lande zu vermitteln, daß Gerichtsbarkeit ein menschen- und menschenrechtsfreundliches Geschäft ist, und sie haben diese Chance, glaubt man den Rechtshistorikern, im wesentlichen auch genutzt – nicht nur zum eigenen Wohl, sondern durchaus auch zum Wohl der Gerichtsbarkeit und am Ende der Allgemeinheit. Speziell an den Hexenprozessen hat sich exemplarisch die Klugheit des Gerichts erwiesen<sup>29</sup>, durch Prozeduralisierung, durch stetige Berufung auf eine strikte Einhaltung der Verfahrensregeln, wenn nicht die Folter selbst, so doch ihre Anwendung im Einzelfall einem einschränkenden Regiment zu unterwerfen.

Vor allem die Bauern und die Juden werden genannt, wenn es in diesem Kontext um *Untertanen* geht – also die Teile der Bevölkerung, deren rechtliche Positionen besonders beschnitten und besonders gefährdet waren. Es ging aber auch um die Aufhebung eines Apothekenprivilegs und damit um den rechtlichen Bestand von Monopolen<sup>30</sup>. Betrachtet man die Auseinandersetzungen um den Umfang der Abgaben sowie um Bereich und Modus des Schutzes der Ettenheimer Juden um die Mitte des 18. Jahrhunderts<sup>31</sup>, so versteht man, daß es in diesen langwierigen Verfahren nicht nur um einzelne subjektive Rechte, sondern – immer und überall sichtbar – um langfristige rechtliche und auch soziale Positionierungen gegangen ist<sup>32</sup>. So wird die Einschätzung von Bernhard Diestelkamp, die er auf die Bauern gemünzt hat, auch für andere Gruppen von Untertanen zutreffen: *Sie brauchten also nicht mehr zur Sense zu greifen, wenn sie sich gegen feudale Willkür zur Wehr setzen wollten, sondern konnten sich damit an die Reichsgerichte wenden*<sup>33</sup>.



## 2. Einrichtungen

### a. Einrichtungen einer Gerichtsbarkeit

Gerichtsbarkeit lebt und gedeiht, darbt und stirbt, wie andere Gewalten und Institutionen auch, nicht nur über Prinzipien, sondern auch über Einrichtungen. Einrichtungen bestimmen mit über die Gestalt und die Erfolge der Institution, letztlich auch über die Ziele, die sie sich angesichts ihrer Möglichkeiten setzen kann, und über die Gefahren, die sie läuft. Einrichtungen kennzeichnen das Proprium einer Gerichtsbarkeit, ihre Kultur und die Stellung, die sie gegenüber anderen Gewalten im Staat einnimmt, aber auch ihr Verhältnis zu gesellschaftlichen Gegebenheiten. Sie zeigen, eben weil sie real sind, die vielfältigen und oft engen Verbindungen zwischen der zweiten und der dritten Gewalt in einem Rechtssystem, das sich über Kodifikationen organisiert. Und daß das alles in ständiger Bewegung ist und daß diese Bewegung auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedlich verläuft, brauche ich hier nicht eigens darzulegen.

Es macht eben einen gewaltigen Unterschied, ob sich eine Gerichtsbarkeit ihre Subsidien selber beschaffen muß, ob sie sie insgesamt als Teil eines allgemeinen Justizhaushalts bezieht oder ob sie oder Teile von ihr einen selbständigen Titel im Staatshaushalt besetzen, ob Personalentscheidungen von der Exekutive oder kooptativ von einem Gremium innerhalb der Justiz getroffen werden, ob Strafverfahren in Abwesenheit des Beschuldigten stattfinden dürfen, ob Entscheidungen akzeptiert werden, die nicht mit einer Begründung versehen sind, ob Laien als Richter fungieren, ob eine professionelle Strafverteidigung, ob Möglichkeiten des Rekurses gegen Entscheidungen eingerichtet sind, wie die Ausbildung der Juristen und der Zugang zum Richteramt aussehen: Erst wenn man über solche und viele andere bedeutsame Einrichtungen informiert ist, darf man ein Urteil über diese Art von Gerichtsbarkeit wagen.

Schon diese Beispiele möglicher Einrichtungen einer Gerichtsbarkeit zeigen, wie reich und ausgedehnt deren Kreis ist. Er reicht von wirklichen Kleinigkeiten über scheinbare Förmlichkeiten bis hin zu wegweisenden Grundstrukturen, und immer muß man überdies gewärtigen, daß im Laufe der Entwicklung aus Kleinigkeiten Wichtigkeiten werden und umgekehrt. Ich habe deshalb nicht die geringste Chance, dem Ka-

pitel *Einrichtungen einer Gerichtsbarkeit* auch nur im Ansatz gerecht zu werden, und spätestens damit entschwindet auch die Chance, dem Reichskammergericht in dieser Hinsicht gerecht zu werden. Ich werde deshalb meinen Mittelweg<sup>54</sup> fortsetzen, zwei Beispiele von Einrichtungen der Gerichtsbarkeit herausgreifen, sie kurz besprechen und die Einschätzung, welche Einrichtungen dem Überleben einer Gerichtsbarkeit am Ende eher günstig sind<sup>55</sup>, im wesentlichen den Historikern überlassen.

Die beiden Beispiele sind freilich nicht randständig. Sie betreffen die innere Organisation und die Außenbeziehungen der Gerichtsbarkeit. Die einzelnen Belege siedeln in der Einrichtung des Reichskammergerichts, und sie sind uns heute sämtlich noch vertraut.

## b. Innere Organisation

Für jegliche Gerichtsbarkeit entscheidend wichtig sind zwei Typen von Einrichtungen der inneren Organisation: Einrichtungen, die dafür sorgen wollen, daß die passenden Personen ins Richteramt kommen und die unpassenden nicht, und Einrichtungen, die gewährleisten wollen, daß die Juristen ihr Handwerk lernen und weiter vervollkommen.

Um das erste – nur partiell erreichbare – Ziel einer guten Richterauswahl zu erreichen, gibt es heute und gab es früher eine komplexe Maschinerie mit groben und filigranen Rädern, Generatoren von Be- und Entschleunigung bis hin zum plötzlichen Stop, verdeckten Fallen, Totschlägern, Chatrooms für Eingeweihte, Büchsen mit feinem Sand und Streufunktion sowie leistungsfähigen Lautsprechern für Lob von innen und Kritik von außen. Die Wirksamkeit dieser Maschinerie reichte damals wie heute von rein symbolischen Bestandteilen wie der Definition eines guten Richters in den Richtergesetzen bis zu Knochenbrechern wie der Note im Staatsexamen. Das zweite Ziel, die Professionalisierung, verlangt, damals wie heute, zweierlei: die Ausarbeitung von Standards der jeweiligen Profession und deren getreue Vermittlung an diejenigen, die es angeht.

Das Reichskammergericht hat sich in dieser Hinsicht natürlich nicht immer gleichmäßig entwickelt, war unseren Zuständen aber in vielerlei Konstellationen eher nahe. Jedenfalls spürt man, bisweilen mit Bewun-



derung, das stete Bemühen der Richter, der immer anwesenden Interventionsmacht der Exekutive und auch der kämpferischen Ungeduld in der Umgebung des Gerichts eine gewachsene und ausdifferenzierte juristische Professionalität entgegenzusetzen. Das zeigt sich beispielsweise in der Akribie und Sorgfalt, mit der in den Beratungen nicht nur über Ergebnis und Gründe, sondern auch über den Ton gestritten wurde, in dem die Entscheidung jeweils abgefaßt werden und an die Öffentlichkeit treten sollte<sup>36</sup>. Auch hat mich besonders die Praxis beeindruckt, während der manchmal langen Dauer der Verfahren die rechtlichen Interessen der Beteiligten durch provisorische Verfügungen nach Möglichkeit abzusichern<sup>37</sup> – ein durchaus zweischneidiges Schwert, wie wir am Bundesverfassungsgericht bei einstweiligen Anordnungen immer wieder erfahren müssen, gerät man doch schnell in die Gefahr, daß aus Einstweiligkeiten Endgültigkeiten werden und das Gericht dann die Grenze überschreitet, die es gegenüber exekutivischem oder legislativem Gestaltungswillen wahren muß<sup>38</sup>. Gleichwohl: Behutsam eingesetzt, kann eine provisorische Verfügung ein Rettungsanker für Rechtsgüter sein, die schlicht durch die Flüchtigkeit der Zeit und den sozialen Wandel in Gefahr geraten.

Aufs Ganze gesehen, war die innere Organisation des Reichskammergerichts so etwas wie die Ausgestaltung und Festigung der Gerichtsbarkeit als selbständiger Gewalt durch eigenständige Professionalisierung. Die Herausbildung eines Richterstands mit professionellem Selbstbewußtsein und Souveränität in der Beherrschung der Skills, die der Beruf verlangt, kann eben auch ein Bollwerk sein gegen feindliche Zugriffe von außen. Man kann diese Professionalisierung beim Reichskammergericht an zwei Gegenständen mittlerweile bis in die Einzelheiten verfolgen; einerseits an der Übung, von Kandidaten für das Richteramt Proberelationen zu verlangen und die Kandidaten auch danach zu beurteilen<sup>39</sup>, und an den hohen Standards, die das Gericht selber in den Voten von Entscheidung und Begründung befolgt hat<sup>40</sup>; andererseits an den Nachzeichnungen des argumentativen Fortgangs einer Sache im Hin und Her der Vorträge und in den Beratungen des Reichskammergerichts<sup>41</sup>. Hier finden sich beeindruckende Belege hoher Richterkunst.

Auch das Bundesverfassungsgericht arbeitet ständig mit Voten, die den Sachberatungen als Grundlage dienen, bis ein halbes Tausend Seiten umfassen können und umfangreich durch Anlagen ergänzt werden: Vor-

bringen in diesem Verfahren und in denen, die ihm vorausgegangen sind, einschlägige Rechtsprechung und Literatur. Nach der Sachberatung und auf deren Grundlage legt der Berichterstatter den Entwurf einer Entscheidung vor, der rechtzeitig vor dieser neuerlichen Beratung allen Richtern zugeht, von ihnen kritisiert und umformuliert wird und so als *konsolidiertes Exemplar* Gegenstand der abschließenden Entscheidungsberatung ist. Ich glaube, daß diese gründlichen Beratungsverfahren den Ergebnissen und ihrer Begründung günstig sind, wage aber nicht, mir auszudenken, was passieren würde, wenn wir, ebenso rigoros und professionell wie das Reichskammergericht, von künftigen Kollegen Probevoten verlangen würden.

Künftige Kollegen für das Reichskammergericht wurden klug ausgesucht und gut ausgestattet – im engen Rahmen der Möglichkeiten, welche die feindliche Umwelt einem höchsten Gericht erfahrungsgemäß läßt. Zwar standen dank der Varianzen der damaligen Gesellschaften in regionaler und sozialer Herkunft, in Religion und Ausbildungsstand und dank der politischen Zersplitterung<sup>42</sup> die Auswahlverfahren vor größeren Problemen einer fairen Mischung der Richter als heute, und nichts stützt die Erwartung, diese Verfahren hätten weniger Zufälle, Mühen, Enttäuschungen oder Kungelei mit sich geführt als heute<sup>45</sup>.

Die Ausstattung ließ richterliche Unabhängigkeit freilich eher blühen als in vielen Rechtsordnungen bis heute: Eine vorzeitige Entlassung der Richter war zwar möglich, aber vor hohe Hürden wie korruptive Handlungen oder sonstige grobe Verfehlungen gestellt<sup>44</sup>; also war die Rechtsstellung der Richter von außen her gut gesichert und eine gefährliche Quelle exekutiver Intervention verstopft. Damit war das Reichskammergericht in wichtigen Hinsichten seiner inneren Organisation nicht schlechter ausgestattet als das Bundesverfassungsgericht hinsichtlich seiner Personalpolitik, über deren Geheimnisse, Überraschungen und grundlegenden Probleme ich Sie nicht eigens unterrichten muß – jedenfalls nicht möchte. Nach vielen Erfahrungen, die ich auf diesem Feld machen durfte, habe ich über diese Politik denselben Eindruck wie über die Demokratie: Es könnte vermutlich Besseres geben; dieses Bessere ist aber leider nicht sichtbar.



### c. Außenbeziehungen

Jedes höchste Gericht, besonders aber das Reichskammergericht in seiner historischen Situation, muß, wenn es überleben und seine Aufgaben anständig erfüllen will, auf die Beziehungen zu seiner Umwelt ebenso sorgfältig achten wie auf seine innere Organisation. Die Kriterien, die eine Gerichtsbarkeit prinzipiell ausmachen<sup>45</sup>, stehen in den Außenbeziehungen praktisch immer auf dem Spiel, eine Position des Gerichts ist nie gesichert und immer in Arbeit.

Eine übertriebene Nähe zur Innenpolitik kann das Proprium des Gerichts schwer belasten, eine übertriebene Ferne seinen Einfluß im Staat. Auch das Verhältnis zur Fachgerichtsbarkeit verlangt die Kunst der Äquidistanz; hier zerlaufen immer wieder rohe Eier. Und gar die Beziehungen zur Öffentlichkeit<sup>46</sup>, den Medien, der Wissenschaft, den Intellektuellen und dem common sense: Alle hegen sie Erwartungen an das Gericht, alle Erwartungen sind eindeutig, nachdrücklich und wohlbegründet, und fast immer erwarten sie Verschiedenes. Wie soll ein Gericht dem allen gerecht werden – wenn es doch auch dem Gesetz und der Verfassung unterworfen ist?

Das Reichskammergericht hat es versucht, und es hat das über lange Zeit hinweg gut gemacht. Mir hat auf einer scheinbar äußerlichen Ebene schon lange besonders eingeleuchtet, wie das Gericht das Zentrum der Macht immer und immer wieder weit umfahren hat: Frankfurt, Worms, Nürnberg, Regensburg, Augsburg, Esslingen, Speyer und dann Wetzlar<sup>47</sup>: kein Umherirren und kein Zufall, wie man meinen könnte, sondern ein von den Reichsständen frühzeitig geplantes und planvoll eingesetztes Remedium gegen die politische Intervention von nebenan – eine Intervention, die nicht formell oder gar gewaltsam auftritt, sondern freundschaftlich und selbstverständlich, eben von Nachbar zu Nachbar<sup>48</sup>.

Seit mir der Präsident eines osteuropäischen Verfassungsgerichts beim Rundgang durch sein Gericht in seinem Dienstzimmer stolz das Telefon wies, das ihn mit dem Staatspräsidenten jederzeit direkt verbindet, haben sich meine Nackenhaare nicht mehr glatt gelegt und erinnere ich mich mit Dankbarkeit an die tiefgreifenden Auseinandersetzungen während eines informellen Plenums meines Gerichts vor einigen Jahren, als wir uns mehrheitlich dafür ausgesprochen haben, nicht nach Berlin oder Potsdam zu ziehen. Die vielfältigen Malaisen, die wir uns damit einge-

handelt haben – bis hin zu der Sottise, im Konfliktfall wären wir dann ja schnell jenseits des Rheins in Sicherheit –, bleiben äußerlich und geringfügig angesichts des Zeichens, das das Bundesverfassungsgericht, hier dem Reichskammergericht vergleichbar, in seinem Verhältnis zu den anderen Gewalten im Staat gesetzt hat.

Auch das Verhältnis zu anderen Teilen der Gerichtsbarkeit gehört zur Pflege der Außenbeziehungen eines Gerichts. Vor allem das Verhältnis eines Verfassungsgerichts zur so genannten Fachgerichtsbarkeit (für die noch keiner einen treffenderen Ausdruck gefunden hat) ist ein sprudelnder Quell von Streit, Verletzung und Mißverständnis überall auf der Welt, wo es, wie etwa in Spanien, in der Ukraine oder bei uns und anders als etwa in der Schweiz oder den USA, *reine* Verfassungsgerichte gibt.

Die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Verfassungsgericht und Fachgerichten organisieren wir begrifflich über ein Kriterium, das selbst einer mittleren Belastung nicht standhält: Bei der Auslegung *spezifischen Verfassungsrechts* nämlich soll das Verfassungsgericht zuständig sein<sup>49</sup>. Das kann nicht gut gehen, das fordert Streit und Differenzen geradezu heraus, aber etwas Genaueres ist uns noch nicht eingefallen. So benutzen wir kleine Umwege, wie sie Juristen in solchen Fällen offen stehen: Wir versuchen, Abgrenzungen induktiv, also von konkreten Fallkonstellationen her, zu entwickeln, und wir versuchen, zur Fachgerichtsbarkeit möglichst argumentativ, freundlich und behutsam zu sein. Das gelingt einmal besser und einmal schlechter; im Ganzen bleibt diese Abgrenzung eine Sollbruchstelle.

Das Reichskammergericht hätte uns ein Lied von diesen Schwierigkeiten singen können und von Möglichkeiten, mit ihnen umzugehen. Wir lesen<sup>50</sup>, daß das schwierige Verhältnis dieses Gerichts zu den Territorialgerichten in zweifacher Hinsicht entspannt war: Man hat darauf geachtet, daß die Mitglieder des Gerichts bei ihrer Berufung die unterschiedlichen Rechtstraditionen, in denen sie aufgewachsen und unterwiesen waren, in das Gericht einführten und ihnen so – gewissermaßen informell, aber in der Sache vermutlich wirksam – eine Geltung verschafften. Und das Prozeßrecht kannte so etwas wie unser Prinzip der Subsidiarität: Der Weg zum Reichskammergericht war erst offen, wenn das zuständige Territorialgericht zuvor in der Sache entschieden hatte.

Ein in der Tat hilfreiches Prinzip: So erfährt das zuletzt entscheidende Gericht die Sicht der anderen sowohl auf die Tatsachen als auch auf die



Rechtslage und kann beides in seine Überlegungen einbeziehen. Und auf die Dauer dürfte diese Verfahrensweise auch zu respektvollen Beziehungen zwischen den Gerichten beigetragen haben.

### 3. Voraussetzungen

Kriterien<sup>51</sup> einer *Gerichtsbarkeit* wachen darüber, daß die Institution ein klares Gesicht hat, sich im Gesamt der Gewalten im Staat positionieren und Einflüsse begründet abwehren kann, die ihr Profil verwischen. Einrichtungen<sup>52</sup> sollen gewährleisten, daß eine Gerichtsbarkeit ihre Position dauerhaft sichern und in Ruhe entwickeln kann. Beides dient nicht nur der Gerichtsbarkeit und den Menschen, die ihr Recht suchen, sondern auch der Allgemeinheit, die einen Ort vorhält und sichert, an dem es um Gerechtigkeit geht und Rechtsfrieden, also um einen Traum der Menschen.

*Frieden durch Recht*, wie die Arbeit des Reichskammergerichts von denen, die diese Arbeit studiert haben, auf den Punkt gebracht wird<sup>53</sup>, läßt sich mit diesen beiden Instrumenten freilich nicht vollständig erfassen und schon gar nicht bewerkstelligen. Bislang fehlt das Wichtigste: der Blick auf die äußeren Voraussetzungen, unter denen eine Gerichtsbarkeit entstehen und überleben kann, wie wir vorhin etwas beiläufig formuliert haben<sup>54</sup>. Dieser Blick reicht über die Interna einer Gerichtsbarkeit hinweg und richtet sich auf ihre Umgebung, vor allem auf die staatliche Organisation und auf die gesellschaftlichen Wertüberzeugungen und Institutionen.

Gerade das Reichskammergericht ist ein lebendiges Beispiel für die Notwendigkeit dieses Blicks, wenn man das Phänomen *Gerichtsbarkeit* vollständig erfassen will. Dieses Gericht hat, ich muß das nicht wiederholen, schwierige, ja bedrohliche Bedingungen seines Überlebens erfahren, und es ist am Ende nicht an sich selber, sondern an seiner Umgebung gescheitert. In der Tat: Es gibt Gründe, die erschweren oder gar verhindern, daß eine Gerichtsbarkeit sich etabliert, und es gibt Entwicklungen, die eine Gerichtsbarkeit an ihr Ende bringen. Das erste hat Samuel Pufendorf frühzeitig auf den Punkt gebracht: *Wer nämlich auf seine eigene Macht vertrauen kann, kümmert sich einen Dreck um den Spruch in Speyer*.<sup>55</sup> Das zweite dokumentiert sich etwa in zentrifugalen

Bewegungen desjenigen Staates, in dessen Zentrum eine Gerichtsbarkeit zuvor einen Ort gefunden hatte, als das Zentrum noch stabil war; in der Zentrifuge aber zerstiebt auch das Gericht.

Es ist eben nicht so, daß eine Gerichtsbarkeit selbst in einer Gesellschaft von Teufeln entstehen und überleben könnte, wenn die nur Verstand haben<sup>56</sup>. Verstand reicht nicht, jedenfalls kein kurzer und auch kein mittlerer; er muß schon weit tragen, und das tut er selten. Wie sonst ließe sich erklären, daß eine Gesellschaft einschließlich ihrer Rechtsordnung seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten nicht aus dem Sumpf korruptiver Beziehungen herausfindet, obwohl doch auch diejenigen, die die strukturelle Chance haben, sich dabei situativ zu bereichern, spätestens beim zweiten Blick auf ihre Lage sehen müßten, daß sie für diese Bereicherung einen unverhältnismäßig hohen Preis bezahlen: mit einem Leben unter Unsicherheit und Bedrohung, unter Unfrieden und Gewalt? Wie sonst ließe sich der reflexhafte Rumor der bei einer Wahl Unterlegenen erklären, ihre öffentliche Skandalisierung von Fehlern bei der Wahl und der Stimmenzählung, die Anrufung der Gerichte und die anschließende Mißachtung des Richterspruchs, wenn der nicht wunschgemäß ausfällt – wo doch gerade diese politisch denkenden Leute spätestens auf den zweiten Blick sehen müßten, daß sie hier wegen relativ kurzfristiger Vorteile eine Verfassungsstruktur zerstören, an der ihnen im durchaus eigenen Interesse langfristig und fundamental gelegen sein müßte?

Eine Gerichtsbarkeit lebt auch von Voraussetzungen, die sie selber nicht schaffen kann. Dazu gehört ein stetiges, wenn auch fallweise enttäuschbares Vertrauen der allermeisten Bürger in die Gleichmäßigkeit der gerichtlichen Entscheidungen und deren Durchsetzbarkeit. Und gerade das Reichskammergericht hat immer wieder schmerzlich erfahren (und das Bundesverfassungsgericht erfährt es ebenfalls, wenn auch etwas weniger schmerzlich), daß eine Gerichtsbarkeit, die sich nicht durchsetzen kann, ein Hohn ist. Wer die Macht hat, über die Implementation einer gerichtlichen Entscheidung selber zu entscheiden, stellt eine manifeste Bedrohung der Gerichtsbarkeit dar, ob er nun ein waffenführender Herzog ist oder ein Steuergesetzgeber.

Das Bundesverfassungsgericht, so wird immer wieder und mit Recht vorgetragen<sup>57</sup>, darf zwar de jure seine Entscheidungen selbst vollstrecken, hat aber de facto keinen Gerichtsvollzieher; es ist auf freiwillige Befolgung und auf öffentliche Sanktionierung von Nichtbefolgung an-



gewiesen. Die Voraussetzungen seines Überlebens liegen außerhalb seiner selbst – in einer Zivilgesellschaft, deren Rechtstreue auf Rechtsvertrauen gegründet ist, in einer Öffentlichkeit, die die Arbeit des Gerichts zwar kritisiert, aber nicht niedermacht, und in staatlichen Institutionen, die eine Verfassungsgerichtsbarkeit unterstützen. Natürlich fallen solche Voraussetzungen nicht vom Himmel; sie sind auch von der konkreten Arbeit des Gerichts abhängig. Aber eben nicht nur von ihr.

#### IV. Musik auf der Titanic

Geschichtsschreibung, darauf hatten wir uns ganz zu Anfang geeinigt<sup>58</sup>, ist gefahrgeneigte Arbeit. Wird aus der Gefahr Wirklichkeit, so konstituiert der Geschichtsschreiber die Geschichte nicht nur; er gibt dann seine eigenen Geschichten als Geschichte aus. Die Grenze zwischen beidem fließt; ich möchte sie zum Schluß ein wenig befestigen.

Einem Geschichtsschreiber hat das Reichskammergericht am Ende des Alten Reichs das Bild der Titanic heraufgerufen<sup>59</sup>. *Das Reichskammergerichts-Orchester spielte ungerührt weiter, obwohl das Reichs-Schiff bereits am Sinken war – ja: es spielte besonders fleißig, laut und innig – und es erhielt viel Beifall aus dem Publikum, das zudem ständig Musikwünsche äußerte. Allerdings: Nur wenige Musikstücke waren wirklich neu.*

Gut getroffen, wie ich meine – vor allem, wenn man die vielen Ähnlichkeiten zwischen der Gerichtsbarkeit des Reichsgerichts und unserer ins Auge faßt, wie sie hier aufgeführt worden sind. Der Fleiß des Orchesters, die Schönheit und Vernehmbarkeit seiner Musik, der Beifall aus dem Publikum, der öffentliche Ruf nach neuen Stücken und die Unmöglichkeit, wirklich neu zu sein: Wen würde das nicht unmittelbar an das Bundesverfassungsgericht erinnern? Nur daß das Schiff bereits am Sinken ist – das ist, wie ich fest hoffe, eine Geschichte des Geschichtsschreibers.

## Anmerkungen

1. *Der Spiegel*, Nr. 32, vom 7.8.2006, S. 49.
2. Ebenda, S. 59.
3. Dieses Urteil wird allenthalben repetiert – in letzter Zeit, wenn ich recht sehe, freilich mit eher zweifelndem oder gar defensivem Unterton. Vgl. etwa das Grußwort des damaligen Hessischen Kultusministers CHRISTEAN WAGNER zur Eröffnung des Reichskammergerichtsmuseums am 18.10.87 in Wetzlar, abgedruckt in: ROMAN HERZOG, Reichskammergericht und Bundesverfassungsgericht, Festvortrag zur gleichnamigen Ausstellung im Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar (Schriftenreihe der Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung, Heft 5), Wetzlar 1989, S. 26 ff., S. 28; HERZOG selbst, ebenda, S. 16, S. 19. BERNHARD DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke. Die Kameraljudikatur gegen die Kabinettsjustiz. In: Ders. (Hrsg.), Recht und Gericht im Heiligen Römischen Reich (Studien zur europäischen Rechtsgeschichte, 122) (Ius Commune Sonderhefte, Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte), Frankfurt a. M. 1999, S. 2. Ders., Die Bedeutung des Reichskammergerichts für die Rechtsentwicklung im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation. Eine (Zwischen-)Bilanz, in: WOLFF (Hrsg.), Kultur- und rechtshistorische Wurzeln Europas, S. 459 f., S. 471 f. PETER OESTMANN, Zunftzwang und Handelsfreiheit im frühen 19. Jahrhundert, ZNR 26 (2004), S. 246 ff., spricht beiläufig davon, das Reichskammergericht habe eine Sache in *einer erstaunlich kurzen Zeit von nur vier Jahren* entscheidungsreif gemacht (S. 250).
4. Ebenda, S. 46 ff.
5. Siehe dazu schon meine Frankfurter Profile, in KJ 2005, S. 2 ff., S. 5 ff.
6. Die Leser waren zufrieden, wie man ihren Briefen an das Magazin entnehmen kann. So urteilte HERR HOFFMAN aus Ilbesheim in Stil und Botschaft ähnlich wie andere: *Endlich einmal eine verständliche, übersichtliche Kurzfassung der Geschichte des ersten Deutschen Reiches, die als Sonderdruck an Pisa-geschädigte Schüler, Lehrer und Politiker verteilt werden sollte.* (*Der Spiegel*, Nr. 33, vom 14.8.2006, S. 10).
7. Ich habe dieses hermeneutische Modell ausführlicher entwickelt in Freiheitliches Strafrecht, 2001, S. 15 ff.
8. Reichskammergericht und Bundesverfassungsgericht, aaO. HERZOG hat damals die folgenden Themen besprochen: Kompetenzen; Personalrekrutierung; Konkurrenz zu anderen Gerichten; Funktionsmechanismen.
9. Dazu unten III.1.
10. Dazu unten III.2.
11. Dazu unten III.3.
12. Exemplarisch DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke



- (wie Anm. 3), passim, bes. S. 23 ff. SCHMIDT-VON RHEIN, Die Bedeutung des Reichskammergerichts für unser heutiges Verfassungsverständnis. In: Recht und Verfassung in Hessen – Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung (Kleine Schriften zur hessischen Landeskunde 3), o.J. (1995), S. 12 f.
13. Im Interesse der Übersichtlichkeit werde ich im Folgenden die vier Kriterien mit arabischen Ziffern bezeichnen.
  14. Exemplarisch WOLFGANG SELLERT, Richterliche Unabhängigkeit am Reichskammergericht und am Reichshofrat. In: Recht und Verfassung in Hessen – Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung (Kleine Schriften zur hessischen Landeskunde 3), o.J. (1995), S. 39 ff.
  15. Exemplarisch JÜRGEN WEITZEL, Das Reichskammergericht und der Schutz von Freiheitsrechten seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. In: Die politische Funktion des Reichskammergerichts, hrsg. von BERNHARD DIESTELKAMP (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 24), Köln, Weimar, Wien 1993, S. 157 ff. BERNHARD DIESTELKAMP, Das Reichskammergericht im Rechtsleben des 16. Jahrhunderts. In: Rechtsgeschichte als Kulturgeschichte. Festschrift für Adalbert Erler zum 70. Geburtstag, unter Mitwirkung von ADOLF FINK hrsg. von HANS-JÜRGEN BECKER u.a., Aalen 1976, S. 435 ff., S. 464 ff.
  16. Exemplarisch RITA SAILER, Untertanenprozesse vor dem Reichskammergericht. Rechtsschutz gegen die Obrigkeit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 33), Köln, Weimar, Wien 1999, S. 372 ff.
  17. Vor allem hier unter III.1.c., wenn es um Beispiele geht.
  18. WOLFGANG SELLERT, Richterliche Unabhängigkeit am Reichskammergericht und am Reichshofrat. In: Recht und Verfassung in Hessen – Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung (Kleine Schriftenreihe zur hessischen Landeskunde 3), o.J. (1995), S. 45. SCHMIDT-VON RHEIN, Die Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 12), S. 16; beide mit Verweis auf DIESTELKAMP.
  19. So drückt sich das Bundesverfassungsgericht in ständiger Rechtsprechung aus; vgl. etwa BVerfGE 108, 341, 347 f. m. Nachw.
  20. Hier unter III.1.a.
  21. Hier unter III.1.b.
  22. Dazu DIESTELKAMP, Die Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 3), S. 467 f. Ders., Das Reichskammergericht im Rechtsleben des 16. Jahrhunderts (wie Anm. 15), S. 465.
  23. Zu dieser Logik oben III.1.b., jeweils unter (1).
  24. Aufschlußreich zur Bedeutung fundamentaler Sicherheit für die Herstellung von Freiheit in modernen Staaten ERHARD EPPLER, Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt,

- Frankfurt a. M. 2002, passim. Ders., Auslaufmodell Staat?, Frankfurt a. M. 2005, S. 74 f.
25. DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke (wie Anm. 12), S. 4 ff.
  26. DIESTELKAMP, ebenda, S. 17 ff.
  27. RAINER POLLEY, Reichskammergericht und Grundrechtsschutz – Eine hessische Fallstudie. In: Recht und Verfassung in Hessen – Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung (Kleine Schriftenreihe zur hessischen Landeskunde 3), o.J. (1995), S. 21 f.
  28. Dazu SAILER, Untertanenprozesse (wie Anm. 16), passim. DIESTELKAMP, Die Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 3), S. 468 f., stellt diesen Komplex unter das Motto Frieden durch Recht.
  29. Einzelheiten mit Nachweisen bei DIESTELKAMP, Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 3), S. 469 f., und bei SCHMIDT-VON RHEIN, Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 12), S. 14 f.
  30. Ausführlich SAILER, Untertanenprozesse (wie Anm. 16), S. 335 ff.
  31. SAILER, ebenda, S. 378 ff.
  32. Vgl. etwa, mit vielen Nachweisen, FRIEDRICH BATTENBERG, Die Juden Mitteleuropas und das Reichskammergericht. In: Recht und Verfassung in Hessen – Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung (Kleine Schriftenreihe zur hessischen Landeskunde 3), o.J. (1995), S. 28 ff., S. 32 ff.
  33. DIESTELKAMP, Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 3), S. 469.
  34. Siehe oben unter II.
  35. Fragestellung oben II. am Ende.
  36. Vgl. etwa DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke (wie Anm. 3), S. 13 ff.
  37. Am Beispiel der Ettenheimer Judenschaft ausführlich dargestellt bei SAILER, Untertanenprozesse (wie Anm. 16), S. 391 ff.
  38. Dafür ist die zweite Abtreibungsentscheidung ein Beispiel: BVerfGE 88, 203.
  39. Nicht wenige der auf ein Reichskammergerichtsassessorat präsentierten Juristen sind in einem solchen Verfahren durchgefallen: SCHMIDT-VON RHEIN, Die Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 12), S. 14.
  40. Viele Einzelheiten bei RITA SAILER, Richterliches Selbstverständnis und juristische Ordnungsvorstellungen in der policeyrechtlichen Judikatur des Reichskammergerichts. In: BERNHARD DIESTELKAMP (Hrsg.), Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Fortwirken im 19. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 41), Köln, Weimar, Wien 2002, S. 1 ff., S. 7 ff.
  41. Exemplarisch DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke (wie Anm. 12), S. 7 ff., S. 21 ff. OESTMANN, Zunftzwang und Handelsfreiheit (wie Anm. 3), S. 257 ff. SAILER, Richterliches Selbstverständnis (wie Anm. 40), S. 21 ff.



42. Nachweise bei SCHMIDT-VON RHEIN, Die Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 12), S. 13ff.. SAILER, Richterliches Selbstverständnis (wie Anm. 40), S. 1 ff.
43. Wie es JOHANN JACOB MOSER diesbezüglich erging, läßt sich nachlesen bei POLLEY, Reichskammergericht (wie Anm. 27), S. 20.
44. SELLERT, Richterliche Unabhängigkeit (wie Anm. 14), S. 42. SAILER, Richterliches Selbstverständnis (wie Anm. 40), S. 5. SCHMIDT-VON RHEIN, Die Bedeutung des Reichskammergerichts, S. 14.
45. Oben III.1.
46. Das stellt sich für uns heute natürlich anders dar als früher – war dem Reichskammergericht und seinem Verhältnis zur Außenwelt aber durchaus nicht fern: DIESTELKAMP, Reichskammergericht und Rechtsstaatsgedanke (wie Anm. 12), S. 31 u.ö.
47. SCHMIDT-VON RHEIN, Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 12), S. 13.
48. SELLERT, Richterliche Unabhängigkeit (wie Anm. 14), S. 41.
49. Zu dieser (so genannten HECK'SCHEN) Formel BVerfGE 18, 85, 92 f.
50. Dazu, mit Nachweisen, SCHMIDT-VON RHEIN, Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 12), S. 12 ff.
51. Oben unter III.1.
52. Oben unter III.2.
53. Etwa DIESTELKAMP, Bedeutung des Reichskammergerichts (wie Anm. 3), S. 467 ff., exemplifiziert am Landfriedensbruch, den Untertanen- und Hexenprozessen sowie an der Kontrolle über Nichtigkeitsbeschwerden.
54. Oben II. am Ende.
55. Unter dem Pseudonym SEVERINUS DE MONZAMBANO 1667 in der Schrift über die Verfassung des deutschen Reiches, zit. bei POLLEY, Reichskammergericht (wie Anm. 27), S. 22.
56. IMMANUEL KANT, Zum ewigen Frieden, Zusatz: Von der Garantie des ewigen Friedens, o.O. 1796.
57. Etwa von HERZOG, Reichskammergericht und Bundesverfassungsgericht (wie Anm. 3), S. 20 ff.
58. Oben I.
59. KARL HÄRTER, Soziale Unruhen und Revolutionsabwehr: Auswirkungen der Französischen Revolution auf die Rechtsprechung des Reichskammergerichts. In: BERNHARD DIESTELKAMP (Hrsg.), Das Reichskammergericht am Ende des Alten Reiches und sein Fortwirken im 19. Jahrhundert (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich, Bd. 41), Köln, Weimar, Wien 2002, S. 49.





Umschlagabbildung:

Audienz des Kammergerichts in Speyer

Kupferstich, Frontispiz in: Wilhelm Roding (1549–1603),

Pandectae iuris civilis, Speyer 1668

Reichskammergerichtsmuseum Wetzlar

Impressum:

Herausgeber: Gesellschaft für Reichskammergerichtsforschung e.V.

Redaktion: Anette Baumann

Layout: Anette Baumann, Andrea Müller

Druck: Druckerei Bechstein, Wetzlar

ISBN 3-935279-39-6

